



AKTIONSBÜNDNIS
GEGEN STUTTGART 21

Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 · Dr. Eisenhart von Loeper · Hinter Oberkirch 10 · 72202 Nagold

10. Juni 2016

An die
Mitglieder des Aufsichtsrates
der Deutschen Bahn AG

Starker Kostenanstieg und Bauzeitverzug bei „Stuttgart 21“:

Gesprächsangebot für Umstiegsoptionen

Sehr geehrte/r ... ,

der Bahn-Vorstand hat mit seinen Informationen an Medien zu Kostenanstieg und Bauverzögerungen die Lage für Sie, Ihre Kolleginnen und Kollegen im Aufsichtsrat nicht erleichtert, da sich nun – öffentlich beobachtet – etliche Fragen stellen, beispielsweise:

- (1) Warum wurden nach Vorlage des Gutachtens von Dr. Vieregg erst jegliche Kostensteigerungen geleugnet und jetzt teilweise zugestanden? Daraus entstand für viele der Eindruck, die Wahrheit lieber zu verbergen oder notfalls nur scheinbar einzuräumen.
- (2) Sind alle von Dr. Vieregg ermittelten Kostensteigerungen qualifiziert und unabhängig überprüft worden und mit welchem stichhaltigen Ergebnis? Nur eine solchermaßen gesicherte Vorgehensweise eignet sich unseres Erachtens, ein persönliches Haftungsrisiko auszuschließen.
- (3) Der Finanzierungsvertrag der Projektpartner vom 2. April 2009 hatte einen Risikopuffer des Projekts von 1,45 Milliarden Euro eingeplant. Nun will der Bahnvorstand äußerst schwierige Phasen des Projekts für die Dauer von mindestens sieben Jahren mit dem nahezu aufgebrauchten Risikopuffer von 15 Millionen Euro überstehen. Das ist völlig unrealistisch, weil es allen Erfahrungen widerspricht und die vielen Risiken übergeht, welche die Realisierung des Projekts enorm erschweren oder auch in Frage stellen. Erinnerung sei an die um das Sechsfache vom Sollwert des Paragraphen 7 Absatz 2 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO) ohne den Nachweis gleicher Sicherheit (Paragraph 2 Absatz 2 EBO) abweichende Gleisneigung des Tiefbahnhofs und an den Fernsehbeitrag im ZDF-Magazin „frontal 21“ vom 24. Mai 2016 über Unfallgefahren bei abschüssigen Bahnsteigen, auch zu Lasten des Behindertenschutzes.
- (4) Bahnvorstand und Aufsichtsrat sind verpflichtet, dem Unternehmen Deutsche Bahn AG bei der Betreuung seines Vermögens keinen Schaden zuzufügen. Der re-

nommierte Gutachter Dr. Vieregge hatte erläutert, dass noch Ende Januar 2016 der Projektausstieg aus Stuttgart 21 gegenüber dem Weiterbau – je nach den Investitionen in die Modernisierung des Kopfbahnhofs – um mindestens vier Milliarden Euro günstiger käme. Diese Erkenntnis gebietet – wenn der Vorwurf der Untreue ausgeschlossen sein soll – eine konkrete, verlässliche Antwort. Wenn sie in der vom Bahn-Vorstand vorgelegten Einschätzung ausgelassen wurde, wie es den Anschein hat, muss nachgebessert werden.

(5) Die Medien (siehe Stuttgarter Zeitung vom 4./5. Juni 2016) konstatieren zu den bisher durchgesickerten, bruchstückartigen Meldungen der Deutschen Bahn einen „maximalen Vertrauensverlust“, der gerade auch die bisherigen Befürworter des Projekts bei jahrelangen Bauverzögerungen treffen und die Menschen täglich spürbar vielfach mehr belasten wird.

Eine beigefügte Ausarbeitung von Dr. Jörg Jäckel illustriert den akuten Zeitverzug – mit offenem Ende allein den Tiefbahnhof betreffend.

Wenn man zudem erfährt, dass die verzögerungsbedingt unfreiwilligen Belastungen der Menschen mit „Gegensteuerungen“ noch verschärft werden sollen, die das Mineralwasservorkommen, den Lärmschutz und andere öffentliche Interessen gefährden würden, dann würde die Glaubwürdigkeit Ihres Unternehmens weiter erschüttert. Bitte lassen Sie dies im Interesse des Gemeinwohls nicht zu.

Wie wir Ihnen auch im Schreiben vom 22. Februar 2016 mitteilten, sehen wir uns als Freunde der Bahn, die – eingedenk der krisenhaften Lage, in der sich das Projekt Stuttgart 21 befindet – zur dauerhaften Lösung des Konflikts beitragen wollen. Daher möchten wir Sie über Folgendes informieren:

Seit einem Dreivierteljahr befasst sich eine Arbeitsgruppe des Aktionsbündnisses, bestehend aus Architekten, Bahnexperten, Denkmalschützern und Ingenieuren, mit der Frage, ob und wie angesichts des erreichten Baufortgangs ein Ausstieg als ergiebiger Umstieg möglich wäre. Diese Arbeiten sind noch nicht beendet, aber auf der Zielgeraden. Zwischenergebnisse fanden eine sehr positive Resonanz, weil viele der realisierten Eingriffe dauerhaft gut umsetzbar sind.

Gerne bieten wir Ihnen daher nun an, dass Vertreter der Arbeitsgruppe Ihnen in vertraulichem Rahmen die Optionen für einen Umstieg erläutern.

Wir wünschen Ihnen bei Ihren Entscheidungen eine der Deutschen Bahn und dem Allgemeinwohl dienende, glückliche Hand und bleiben

mit freundlichen Grüßen

Dr. Eisenhart von Loeper
Sprecher des Aktionsbündnisses